

Leitartikel

Gekommen, um zu bleiben

Das neue Agrargesetz setzt den Schlussstrich unter eine Debatte, mit der nichts zu gewinnen war und ist: Ein Jahr nach den Landtagswahlen im April 2013 sitzt die schwarz-grüne Landesregierung fester im Sattel denn je.

Von Mario Zenhäusern

Vor einem Jahr herrschte in Tirol der politische Ausnahmezustand. Vor den Landtagswahlen am 28. April lieferten sich mehr Gruppierungen als je zuvor einen Kampf auf Biegen und Brechen. Der ÖVP, seit Jahrzehnten tonangebende Kraft im Land, drohte erstmals der Machtverlust: Sämtliche Umfragen sagten ihr schwere Verluste voraus. Hauptverantwortlich dafür war die Tatsache, dass sich die Opposition zu einer Phalanx vereinte, die vor allem über das Thema Agrargemeinschaften versuchte, die Regierung aus den Angeln zu heben.

Obwohl die Wahl vor einem Jahr seiner Partei das historisch schlechteste Ergebnis

bescherte, ging Landeshauptmann Günther Platter als Sieger aus dem Wahlkampf hervor. Weil er weniger verlor als erwartet, weil er mit dem Wechsel des Koalitionspartners frischen Wind in die Landesregierung brachte und weil die Opposition seither mehr mit sich selber beschäftigt ist als damit, den Machthabern auf die Finger zu klopfen.

Die auf die Oppositionsbank verbannte SPÖ versucht seither krampfhaft, Fuß zu fassen. Bislang vergeblich: Statt sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen, verlieren sich die Spitzen der Sozialdemokraten in Flügelkämpfen, verhindern Parteisoldden das Aufkommen politischer Talente und kehren immer mehr Funktionäre der momentanen Führung den Rücken.

Nicht minder turbulent verliefen die ersten Monate nach der Wahl bei „Vorwärts Tirol“. Nach dem Scheitern des Plans, eine Regierungsmehrheit gegen die ÖVP auf die Beine zu stellen, flogen parteiintern die Fetzen und wurden sogar Gerichte bemüht. Erst nach dem Rückzug des völlig zerstrittenen Gründungstrios von der Parteispitze kehrte Ruhe ein.

Auch die Freiheitlichen tauschten nach dem für sie enttäuschenden Wahlausgang die komplette Spitze aus. Sie treten seither wieder verstärkt für Recht und Ordnung im Land ein. Gemeinsam mit der SPÖ, Vorwärts und der auf zwei Mandate zurechtgestutzten Liste Fritz versuchen sie außerdem weiter unverdrossen, die Landesregierung über das Thema Agrarge-

meinschaften anzuputzen. Ein Vorhaben, das bisher nicht so richtig gelungen ist. Und wohl auch in Zukunft schwer gelingen wird, weil sich ÖVP und Grüne in der Regierung auf ein neues Agrargesetz geeinigt haben, das den Gemeinden die Verfügungsgewalt über ihre Flächen und Wälder zurückgibt. Außerdem, und das haben die Wahlen vor einem Jahr deutlich gezeigt, ist mit diesem Thema politisch ohnedies kein Blumentopf zu gewinnen. Im Gegenteil: Die schwarz-grüne Landesregierung sitzt fester im Sattel denn je.

